Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 597 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 2. Dezember

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breit. mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* In München ist eine neue monarchistische Partei als bayerische Königspartei gegründet worden.

* Generalfeldmarschall von Mackensen ist gestern nacht 3 Uhr auf der Durchreise nach Berlin in Nürnberg angekommen.

* Die Gefangenen in Malta sollen am 5. Dezember heimbefördert werden.

* Die in vergangener Woche in den Ausstand getretenen Bergarbeiter der sieben Bergwerke des Senftenberger Braunkohlenreviers haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen.

* Wie aus Washington berichtet wird, sind für den gestern zusammentretenden Kongreß keinerlei Vorbereitungen zur Verhandlung des Friedensvertrages getroffen worden.

* Die italienische Regierung hat die südslawische Regierung verständigt, daß sie entsprechend den Weisungen der Friedenskonferenz den Vormarsch d'Annunzios in Spalato verhindern wolle.

* Eine neue Verschwörung gegen die Sowjetregierung wurde in Petersburg entdeckt. 60 Personen wurden verhaftet.

* Durch das außerordentliche Anwachsen der Elbe ist die gesamte Elbschiffahrt in Frage gestellt.

Verhandlungen in Bitterfeld

R. Dessau, 1. Dezember.

Zur Streiklage vom heutigen Tage ist bis zur Stunde folgendes zu berichten: Heute vormittag erschienen etwa 150 Arbeitswillige, um die Tätigkeit in den Anilinwerken wieder aufzunehmen. Davon kehrten etwa 75 im Laufe des Tages ihrer Arbeitsstätte wieder den Rücken. Als die Belegschaft der Grube „Hermine“ diese Tatsache erfuhr, legte sie sofort die Arbeit nieder. Die Streikenden wollen das dringende Ersuchen an die Belegschaft richten, wenigstens die Mindestmenge von 25 Waggons Kohlen, die zur Durchführung der Notstandsarbeiten unbedingt erforderlich sind, zu fördern. Im Laufe des Nachmittags erschien ein Flugzeug über Wolfen, das Proklamationen an die Arbeitswilligen abwarf. Die Regierung ist angelegentlichst bemüht, die Einigung zu fördern, um den wichtigen Produktionszweig wieder in Gang zu bringen.

Bitterfeld, 1. Dezember.

An den gestrigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der Militärbefehlshaber, der örtlichen und Bezirksbehörden teilgenommen. Den Vorsitz führte der Regierungspräsident von Merseburg. Es wurde beschlossen, zwei Kommissionen einzusetzen ,von denen die eine, die die Lohnfragen und überhaupt die privatrechtlichen Fragen regeln soll, bereits heute vormittag zusammengetreten ist. Die zweite Kommission soll später die öffentlich-rechtlichen Fragen behandeln, insbesondere die Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zurückziehung der Truppen. Heute morgen meldeten sich auf allen Werken Arbeitswillige; sie wurden aber von Streikposten verhindert, die Arbeit aufzunehmen. Die Notstandsarbeiten werden weiter verrichtet. Zu Unruhen ist es bisher nicht gekommen.

Berlin, 1. Dezember.

Nach einer Meldung der „B. Z. a. M.“ ist jetzt der Streik in Bitterfeld im Abflauen begriffen. Auf den Braunkohlengruben sind heute früh Teile der Belegschaften eingefahren. In den Werkstätten wird überall gearbeitet. Es sei festgestellt worden, daß die Abstimmungsergebnisse über den Streik von dem Führer der Kommunisten, Rauchfuß, einem Betriebsratsmitgliede der Grube Leopold, gefälscht worden seien.

R. Dessau, 1. Dezember.

Die in Dessau wohnhaften, in Bitterfeld und Wolfen in den Anilinwerken tätigen Arbeiter nahmen gestern in einer Versammlung Stellung zu dem Streik. In einer nahezu einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Beschluß gefaßt, der Aufforderung der Direktion, am heutigen Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht Folge zu leisten. Damit haben sich die Arbeiter als entlassen zu betrachten. Von dem Schriftführer wurden grobe Verstöße gegen Recht und Gesetz am Bußtag zugegeben. Es ist schade, daß die Frage nicht gestellt und nicht beantwortet wurde, ob die Arbeiter, die am Bußtag in die Werke gewaltsam eingedrungen sind, um zu arbeiten, diesen gesetzlichen Feiertag auch bezahlt bekommen hätten, wenn sie nicht gearbeitet hätten. Denn dann wäre die Oeffentlichkeit in der Lage, zu prüfen, ob die Bemerkung eines Verhandlungsführers, die Arbeier hätten arbeiten wollen, „um unserem armen Vaterlande zu helfen“, auf Wahrheit beruht oder nicht. Es hat auch schon Zeiten gegeben, wo unser armes Vaterland ebenso bitter Not litt und dieselben Arbeiter haben gleichwohl gestreikt. Auf der Tagesordnung stand auch dir Frage, wie sich der Metallarbeiterverband zu dem Streik stellt, da eine große Zahl dem Verband angehöriger Arbeiter mit in den Streik hineingezogen worden ist. Der Obmann erklärte, daß die Ortsverbände Halle, Bitterfeld und Dessau beim Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart um Instruktionen telegraphisch vorstellig geworden seien. Er machte kein Hehl daraus, daß die Metallarbeiter gewöhnt sind, ihre Ziele und Forderungen auf besserem Wege zu erreichen, als wie dies jetzt bei diesem Streik geschieht. Ein Anschluß der Metallarbeiter an den Streik ist schon satzungsgemäß ausgeschlossen; es fragt sich, ob der Hauptvorstand überhaupt die Zahlung von Unterstützung bewilligt.

Der Streik in Hamburg

Hamburg, 1. Dezember.

Die Vulkanwerke haben nunmehr die Angestellten des Lohn-Nachrechnungsbüros aufgefordert, zur Erledigung der Arbeiterentlassungen am Dienstag im Büro zu erscheinen. Heute ruht der Betrieb vollständig. Bisher sind keinerlei Ruhestörungen vorgekommen. Von dem Garnisonältesten sind keine besonderen Maßnahmen getroffen worden, da es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern handelt. Jedoch ist für erhöhte Bereitschaft gesorgt worden. Die Vulkanwerke halten heute eine Vorbesprechung mit dem Arbeiterrat ab.

Der Abtransport aus dem Baltikum

Berlin, 1. Dezember.

Die Deutsche Legion ist im Abtransport von Schaulen begriffen. Die Eiserne Division befindet sich an der Bahn Korschany—Wieksznie. Das Detachement Plehwe ist auf Abtransport. Die russischen Korps werden östlich Morajewo von Letten angegriffen. Die Ententeoffiziere suchen die Letten von weiteren Angriffen zurückzuhalten. Bis zum 30. November waren 5600 Militärpersonen und 2000 Flüchtlinge über die Grenze gelangt. Die abzutransportierenden Russen, die unter Awalow kämpften, kommen zunächst in das Kriegsgefangenenlager in Neiße; die deutschen Truppen sofort in ihre Standorte.

Der französische General Niessel, der bekanntlich mit einem Bombardement von Memel drohte, hat sich bereiterklärt, den Angriff auf einen französischen Offizier in Bajohren durch deutsche Soldaten einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Mannschaften des Detachements Plehwe haben sich auch in Memel verschiedene Uebergriffe zuschulden kommen lassen. So haben sie die dortige Stationskasse geplündert und einige Beamte der Post und Eisenbahn behelligt.

Aus dem Baltikum wird berichtet, daß die russischen Truppen des Detachements Awalow zunächst in das Kriegsgefangenenlager nach Neiße gebracht werden. Die deutschen Truppen werden sofort in die Heimat nach ihren Standorten geleitet.

•

Der deutsche Beauftragte in Riga, Schlemann, verläßt mit dem gesamten Personal im Einvernehmen mit der lettischen Regierung auf dem nächsten neutralen Schiffe Lettland. Den Schutz der Reichsdeutschen in Riga übernahm der dortige dänische Konsul. Der deutsche Beauftragte in Libau, Dr. Kueck, beabsichtigt [illegible] dem Landwege die Rückreise anzutreten.

Die Verhandlungen mit Rußland

Kopenhagen, 1. Dezember.

Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat das dänische Ministerium des Auswärtigen, nach vorheriger Abrede mit der hiesigen englischen Gesandtschaft, beschlossen, den Besuch Litwinoffs in Kopenhagen zu Erwägungen darüber zu benutzen, wie nachfolgende Fragen ,die für Dänemark von Interesse sind, durch eine Sonderverhandlung mit Litwinoff zu einer Lösung gebracht werden können:

1. Freigabe von verhafteten Dänen und Erlaubnis für diese und andere Dänen, die sich in Sowjetrußland befinden, dieses Land zu verlassen.
2. Baldige Heimsendung von deutschen Kriegsgefangenen nordschleswiger Herkunft, die im Kriege in russische Gefangenschaft gerieten und sich jetzt noch in Sowjetrußland befinden.
3. Heimsendung aller russischen Kriegsgefangenen, die aus Deutschland nach Dänemark geflüchtet sind und sich zurzeit in dänischen Internierungslagern befinden und selbst wünschen, nach Sowjetrußland zurückbefördert zu werden.

„Nationaltidende“ meldet aus Reval: Die Kämpfe bei Narva haben eine furchtbare Ausdehnung gewonnen. Die Bolschewisten wurden von mit Maschinengewehren bewaffneten Matrosen gegen die Estländer getrieben, die auf ganz kurze Entfernung ein vernichtendes Feuer gegen die Bolschewisten eröffneten. Diese wollten zurückflüchten, worauf die Matrosen ein wahres Blutbad unter ihnen anrichteten.

Die russische Bolschewistenzeitung „Iswestija“ meldet, daß im Laufe von drei Monaten des Jahres 1919 insgesamt 13 850 Personen auf Befehl der russischen Sowjetregierung, durchweg wegen antibolschewistischer Treibereien, erschossen wurden.

Ueber die Zuckerversorgung

Preußenparlament

Berlin, 1. Dezember.

Am Ministertische: Kommissare.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung 1¼ Uhr.

Zur Beratung steht die Anfrage Heilmann (Soz.) über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.

Abg. Heilmann (Soz.): Mein Antrag will den einschlägigen Gesetzentwurf, dessen dritte Beratung aussteht, der Regierung als Material überweisen und die Regierung beauftragen, die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke durch Reichsgesetzgebung mit aller Tatkraft anzustreben. Es soll bei der Festsetzung der Entschädigung ein Uebernahmepreis gewährt werden, der den Gemeinden einen wirtschaftlichen Betrieb des Verkehrs zu einem erträglichen Tarif ermöglicht.

Abg. Kochmann (Dem.): Den Antrag Heilmann lehnt ein großer Teil meiner Freunde ab. Gegen ihn besteht auch das formelle Bedenken, daß er der Reichsgesetzgebung vorgreift.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vpt.): Da wir die Zuständigkeit Preußens nicht noch weiter zu Gunsten des Reiches verschieben wollen, lehnen wir den Antrag ab.

Abg. Leid (U. S.): Dem Antrag Heilmann stimmen wir zu.

Abg. Dr. Kloß (Deutschnational): Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Dr. Tews (Ztr.): Wir stimmen dem Antrag unter Streichung der Einzelheiten über die Entschädigung nach dem Werte der Aktien und der Wertbemessung der Schätzgerechtigkeiten zu.

Der ganze Antrag wird unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Adolf Hoffmann (U. S.) auf Vergemeindlichung und Verstaatlichung des Lebebildwesens.

Abg. Dr. Mehrhof (U. S.) begrüßt den Antrag.

Der Antrag geht an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Ein Antrag Dr. Kloß (Deutschnational), der sich der Assistenten des landwirtschaftlichen Instituts Bromberg annimmt, geht an den Haushaltungsausschuß.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker.

Abg. v. Kessel (Deutschnational): Zwei Drittel der Zuckerrüben stecken noch im Boden. Die Kosten für die Arbeiter sind ungeheuer gestiegen. Die Zuckerrübeneinfuhr ist in den letzten Jahren erheblich zurückgeblieben. Die Zuckerproduktion ist geringer geworden. Die Preise für ausländischen Zucker sind weiter gestiegen. Alle Mißstände sind im wesentlichen auf den Mangel an Arbeitern zurückzuführen. Es muß alles versucht werden, die Zuckerproduktion wieder zu heben. Trotz der gefürchteten Mehrbelastung jedes Haushaltes vermag ich keinen anderen Vorschlag als die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu machen. Ich weiß, wie sehr der Mittelstand dadurch berührt wird. Es nützt aber alles nichts. Wenn die Aufhebung der Zwangswirtschaft erfolgt, werden künftig die Preise nicht unerheblich über dem jetzigen gesetzlichen Preis liegen. Der Chilesalpeter ist zurzeit sehr teuer. Dies drückt unsere Produktion erheblich herab. Eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft wird allerdings bedenkliche Folgen haben. Eine Hebung der Zuckerrübenproduktion muß jedoch herbeigeführt werden. Ich stelle fest, daß alle Parteien darin übereinstimmen, daß alles geschehen muß, um in dieser Frage etwas zu erreichen. Die Haltung der Demokraten hat mich überrascht. Ebenso was ein Vertreter der Unabhängigen über die schlechte Unterbringung der polnischen Arbeiter im Osten erklärt hat. Nach meiner Ansicht kann diese doch nicht so schlecht gewesen sein, denn sonst hätten sich nicht so viele polnische Arbeiter bei uns eingefunden. Daß von den Grundbesitzern große Mengen Zucker verschoben seien, ist vollkommen ausgeschlossen.

Abg. Kaulen (Ztr.) fragt die Regierung, was sie tun will, um die höchstmögliche Zuckererzeugung zu sichern.

Abg. Langer (Soz.): Die Zuckerschieber müssen mit Zuchthaus bestraft werden. Der Antrag bedarf einer gründlichen Ausschußberatung.

Unterstaatssekretär Peters: Viele Fabriken sind jetzt vor die Frage gestellt, ob sie bei dem jetzt geltenden Zuckerpreis von 53 M. ihren Betrieb überhaupt fortsetzen sollen. Es ist der Staatsregierung auch bekannt, daß jetzt die Verhältnisse der Besitzer wesentlich andere sind, als früher. Allerdings besteht auch die Gefahr, daß Zuckerrüben verfüttert und nicht verarbeitet werden. Zu der Anfrage des Abgeordneten bemerke ich, daß nach einem im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Entwurf, der zunächst dem Reichsrat unterbreitet wird, vorgesehen ist, Abhilfe oder Abwehr der drohenden Gefahr dadurch herbeizuführen, daß die Preise für Verbrauchszucker nach einer neuen Reichsverordnung geregelt werden. Die rübenbauenden Landwirte und rübenbauenden Firmen werden für ihre Mehraufwendung infolge verspäteter Ernte Verwendung finden müssen. Inwieweit für das kommende Jahr Vorsorge getroffen ist, muß davon abhängen, wie die Durchführung der jetzigen Zuckerverteilung gelingt. Es ist in Aussicht genommen, die gesamte Menge Chilesalpeter, die in Hamburg lagert, für die Zuckerversorgung nutzbar zu machen.

Abg. Jakoby-Raffauf (Ztr.) empfiehlt die Ueberweisung des Antrages an den Landwirtschaftsausschuß.

Abg Held (Deutschnational): Die Zuckerrübe bedarf des Stickstoffs. Daran fehlt es, weil die Stickstofffabriken keine Kohle haben. Stellt die Regierung nur 8 Prozent der Kohle und 5 Prozent der Kokserzeugung zur Verfügung, dann bekommen wir Stickstoff, Rüben und billigen Zucker, und dann bedarf es keiner Zwangswirtschaft.

Abg. Kimpel (Dem.): Wir sind für die Aufhebung der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912021-18/fragment/page=0001
DFG

Zuckerwirtschaft, aber nicht für die Herausnahme eines einzelnen Artikels.

Abg. Klaußner (U. S.) will die Landwirtschaft sozialisieren. Dann haben wir auch genügend Zucker.

Der Antrag geht an den Landwirtschaftsausschuß.

Es folgt die Beratung des Antrags Friedberg (Dem.) auf Neuregelung der Medizinalverwaltung.

Abg. Dr. Schlosmann (Dem.) empfiehlt den Antrag, dessen Sinn darauf abzielt, beamtete Aerzte durch Selbstverwaltungskörper wählen zu lassen.

Abg. Koch (Deutschnational): Das Amt des Kreisarztes nimmt schon heute die volle Kraft eines Mannes in Anspruch. Daneben erscheint es durchaus wünschenswert, daß der Kreisarzt auch die Fühlung mit der ärztlichen Praxis nicht ganz verliert. Bei der geplanten Medizinalverordnungsreform wird entweder die Bezirks- oder Provinzinstanz fortfallen müssen. Das Unheil, das die gegnerische Politik über uns gebracht hat, wird trotz aller medizinischen Reformen nicht wieder gut zu machen sein.

Abg. Dr. Beyer (Soz.): Der Kreisarzt muß polizeiliche Befugnisse bekommen, sonst ist eine wirksame Bekämpfung der Seuchengefahr nicht möglich.

Abg. Dr. Weyl (U. S.): Wir sind für den Antrag, Lehrstühle für Sozialhygiene müßten an allen Universitäten errichtet werden.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Es folgt die förmliche Anfrage des Zentrums über die Behandlung des Handwerks im besetzten Rheinland.

Abg. Esser (Ztr.) begründet die Anfrage. Das Handwerk ist im besetzten Gebiet bei der Verteilung von zentralbewirtschafteten Rohstoffen und von öffentlichen Arbeiten ausgeschaltet worden. Das ist eine vom nationalen Standpunkt aus sehr bedenkliche Schädigung des Handwerks. Dadurch werden nur die Abtrennungsbestrebungen gefördert.

Ein Regierungskommissar erwidert, bei der Verteilung der Rohstoffe werde zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet kein Unterschied gemacht. Auch bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten sei eine Ausschaltung des rheinischen Handwerks weder erfolgt noch beabsichtigt.

In der sich anschließenden Aussprache betonte

Minister Fischbeck, daß die Regierung unausgesetzt bemüht sei, dem Handwerk zu helfen durch Schaffung von Organisationen für die Rohstoffversorgung, Kreditgewährung usw. Es sei aber nicht zu verwehren, daß ein großer Teil der einschlägigen Aufgaben jetzt beim Reiche liege.

Ein Antrag Hué (Soz.) über die Verwendung der Realabgaben von Privatbergwerken geht an den Handelsausschuß.

Es werden noch zahlreiche Bittschriften erledigt.

Dienstag 12 Uhr: Anfragen; Provinzialverwaltungsgesetz in dritter Lesung.

Schluß gegen 6¾ Uhr.

Die bayerische Königspartei

München, 1. Dezember.

Die bayrische Königspartei, die schon länger organisiert im Lande besteht, ist nunmehr in München gegründet worden, um den gesetzlichen Vorschriften zu genügen. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Schriftleiter Mayer-Kay, Leutnant der Reserve, gewählt. Das Programm der Königspartei lautet:

Volks-Königstum mit gesetzgebenden Körperschaften, zwei Kammern, von denen die Erste Kammer die ständische Vertretung ist, Referendum des Königs gegen etwaige parlamentarische Mißwirtschaft, freie Kirche im freien Staat, freie Schule für freie Eltern usw.

Die Partei ist namentlich in Unterfranken, Niederbayern, links der Donau und auch nördlich von München, zwischen Lech und Isar, gut organisiert, in Schwaben weniger. Zahlreiche Organisationen haben ihren Beitritt bereits erklärt oder zugesagt. Die Königspartei wird vor allem von Kleinbürgern, Bauern und auch einem Teil der Arbeiterschaft, sowie der jüngeren Beamtenschaft unterstützt. Hochadel, Adel, Intelligenz und die ältere Beamtenschaft haben sich bisher noch abwartend verhalten. Die Versammlung ermächtigte den Referenten, an den König von Bayern ein Huldigungstelegramm zu senden, erhob sich dann zum dreifachen Hoch auf den König.

Eine Frau erklärte unter Zustimmung der Anwesenden: Solange die Frauen der republikanischen Führer aus selbstloser Liebe es der Opferbereitschaft der gekrönten Frauen nicht gleichtäten, solange würden die Frauen Bayerns monarchisch bleiben bis auf die Knochen.

In einer Pressekerklärung, daß er die monarchische Bewegung verfrüht halte, bemerkt der bayerische Bauernführer Dr Heim, daß ein der mehrheitssozialistischen Zeitung „Die Post" sehr nahestehender heute im hohen Staatsamt stehender Herr (gemeint ist der frühere Redakteur der „Post", Dr. Adolf Müller, heute deutscher Gesandter in Bern) bei den Januarwahlen an ihn herangetreten sei, den Kronprinzen Rupprecht als Kandidaten aufzustellen.

Ein englisches Hoch auf Kaiser Wilhelm II

Auf dem Kölner Bahnhof wurde ein kleines Kind, das ein englischer Oberst an der Hand führte, von einem Hunoe auf die Schienen gestoßen, aber im letzten Augenblick durch das beherzte Zuspringen der Tochter des Hegemeisters Zauke aus Huertgen bei Monschau (Eifel) vor dem sicheren Tod durch einen herannahenden Zug gerettet. Fräulein Zauke folgte kurz darauf einer Einladung des Obersten in dessen Dienstwohnung nach Köln, wo zu ihrer Ehrung eine Kompagnie britischer Soldaten präsentierten mußte. Der Oberst stellte die junge Dame verschiedenen Offizieren vor und bat sie, an der Tafel teilzunehmen. Sie sollte nun einen besonderen Wunsch aussprechen. Kurz entschlossen bat sie, ein Hoch auf den deutschen Kaiser ausbringen zu lassen. Der Wunsch ist ihr erfüllt worden! Bei der Abfahrt wiederum eine präsentierende Kompagnie! Später folgte als weitere verdiente Auszeichnung die englische und deutsche Rettungsmedaille.

Die Gemeinderatswahlen im Elsaß

Paris, 1. Dezember.

In Straßburg erhielten bei 36 Sitzen die Sozialisten 17, die Radikalen 4, der nationale Block 15. Die Wahl von Peirotes zum Bürgermeister scheint gesichert. In Kolmar soll die ganze sozialistische Liste durchgedrungen sein. In Mülhausen wurden 18 Sozialisten und 18 Angehörige der republikanischen Gruppen gewählt. In Metz fielen von 32 Sitzen 27 dem republikanischen Bunde zu. Für 4 Sitze findet eine zweite Wahl statt.

In Algier wurden in die Deputiertenkammer gewählt ein ehemaliger Kriegsteilnehmer und ein Radikaler, in Oran die beiden Kandidaten des republikanischen Bundes. Im Territorium Belfort wurden beide Kandidaten der sozialistisch-radikalen Gruppe gewählt.

Die Bilanz der Unabhängigen

Der Parteitag der U. S. P. in Leipzig.

Leipzig, 1. Dezember.

In der heutigen Vormittagssitzung des Parteitags der U. S. P. D. erstattete Dittmann den Geschäftsbericht der Parteileitung und stellte fest, daß die Partei jetzt dreiviertel Millionen Mitglieder habe. Das im März aufgestellte Programm werde unbeirrt weiterbefolgt. Die Bildungsarbeit müsse neben dem revolutionären Kampfe die vornehmste Aufgabe der Partei sein. Die Zahl der Parteiblätter habe sich seit März verdoppelt. (Woher nehmen die Unabhängigen das Papier her? D. Red.) Heute seien 55 Tageszeitungen vorhanden. Seit dem 1. Oktober werde eine neue kommunale Zeitschrift „Die sozialistische Gemeinde" herausgegeben. Es seien von Rätevertretern und Parteivertretern gemeinsame kommunale Richtlinien aufgestellt worden. Die Parteileitung habe die Versprechungen, die sie im März gemacht habe, eingelöst. Die finanzielle Fundierung aller Neuschaffungen habe viel Mühe und Sorge bereitet. Der Parteitag werde zu prüfen haben, ob nicht angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge ganz allgemein stattfinden müsse. Die internationale kapitalistische Politik sei der Leitstern des Handelns der Partei in allen politischen Kämpfen des Jahres 1919 gewesen. Mit den revolutionären Bruderparteien des Auslandes seien persönliche Verbindungen hergestellt. Das Jahr 1919 sei ein erfolgreiches, aber auch ein opferreiches Jahr gewesen. Wenn man in der Friedensvertragsangelegenheit der Hasardeurpolitik Eberts und Scheidemanns gefolgt wäre, würde Deutschland vollständig eine Kolonie der Entente geworden sein. Deutschland verdanke dem entschlossenen Eingreifen der U. S. P., daß es vor diesem Schicksal bewahrt worden sei. Weiter sprach der Redner von der Untersuchung in den Fällen der Tötung von Parteigenossen, die er als Justizmord bezeichnete. Die Tätigkeit der Justiz wirke wie eine Begünstigung der Mördertätigkeit. Die Frage laute heute nicht: bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats, sondern: kapitalistische oder proletarische Diktatur?

Hierauf erstattete Bock-Gotha den Bericht der Kontrollkommission.

In der umfangreichen Aussprache über den Geschäftsbericht die den ganzen Vormittag ausfüllte, nahm die Frage der Agitation besonders auf dem platten Lande und die Frage der Volksbildung einen breiten Raum ein. So forderte ein Delegierter aus Köln stärkere Agitation im besetzten Gebiet. Ein anderer Delegierter aus dem Westen beklagte, daß man sich in der Agitation und Aufklärung unter den Kriegsgefangenen von den Rechtssozialisten habe überflügeln lassen. Im Ruhrrevier gäre es infolge des Auftretens des Generals Watter. Ferner wurde verlangt, daß das Protokoll des Gründungsparteitags endlich veröffentlicht werde. Die Frage der Einigung mit den Mehrheitssozialisten, die beim zweiten Punkt der Tagesordnung ausführlich behandelt werden soll, wurde bereits von fast allen Rednern kurz gestreift. Im allemeinen kam die Anschauung zum Ausdruck, daß eine Einigung nur auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes möglich sei. Doch wurde auch die Ansicht vertreten, daß es nicht praktisch wäre, von vornherein alle Brücken abzubrechen. Ein Redner, der bemängelte, daß der Parteivorstand nicht auf Einigungsverhandlungen eingegangen sei, da der Einigungswille in der Arbeiterschaft vorhanden sei, fand lebhaften Widerspruch bei der Versammlung.

Nach einem Schlußwort des Referenten Dittmann wurden die Verhandlungen auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Die Nachmittagssitzung war Rohstoffragen gewidmet. Nach etwa zweieinhalbstündiger Aussprache wurde ein Antrag der Organisationskommission angenommen, wonach die Organisationssatzung der Partei der nächst-Parteitag zu beschließen hat. Dieser darf nicht mehr als 400 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf den einzelnen Bezirk entfallenden Delegierten wird im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder des Reiches, für die Beiträge gezahlt und an die Zentralleitung abgeführt sind, von der letzteren festgesetzt. Jedoch entfällt auf jeden Bezirk mindestens ein Delegierter. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl bei der Delegiertenwahl zu berücksichtigen. Beschlußrecht haben nur die Delegierten. Ferner wurde ein Antrag angenommen, eine Sekretärin für die Frauenbewegung anzustellen, die dem Parteivorstand mit beratender Stimme zur Seite stehen soll. Ein weiterer Antrag, der verlangte, daß Abgeordnete, die in Parlamentssitzungen, in denen über wichtige Punkte des Erfurter Programms (Sozialisierung) Beschluß gefaßt wird, fehlen, sowie Abgeordnete, die bei der Abstimmung sich der Stimme enthalten oder sich an Kompromissen beteiligen, welche sich nicht mit dem Parteiprogramm vertragen, sofort zurücktreten müssen und nicht wieder kandidieren dürfen, wurde der Organisationskommission überwiesen. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, durch den der Parteivorstand beauftragt wird, der politischen Erziehungsarbeit der Frauen mehr Beachtung zu schenken. Gegen 6 Uhr abends wurden die Verhandlungen auf morgen vormittag vertagt.

Die Polen gegen die Eiserne Division

Thorn, 1. Dezember.

Polnische Blätter bringen folgende offiziöse Meldung aus Warschau: Die polnische Regierung hat Nachrichten erhalten, daß die in Bromberg und Thorn stehenden Teile des Grenzschutzes zurückgezogen und an ihre Stelle von den deutschen Militärbehörden die Eiserne Division aus Kurland herbeigezogen ist. Die polnische Regierung hat die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf diese neue deutsche Ausflucht gelenkt, indem sie darauf hinwies, daß die Deutschen mit Hilfe der baltischen Abteilungen in Thorn und Bromberg wahrscheinlich dieselbe Komödie des Ungehorsams spielen wollen wie in Kurland, und versuchen werden, den einrückenden polnischen Truppen Widerstand entgegenzusetzen. Angesichts dessen bittet die polnische Regierung die Entente, eine genaue Kontrolle der Polen zugesprochenen Gebiete einzusetzen. Tatsächlich hat das vor drei Wochen aus dem Baltikum zurückgekehrte Freikorps Diebitsch in Thorn Quartier bezogen und wird hier bis zur Übernahme verbleiben. Welcher Geist aber in Führer und Mannschaft dieses Korps steckt, zeigt die Tatsache, daß die Polen den Führer, Oberstleutnant v. Diebitsch, zum Gouverneur wählen sollten, obwohl er Suwalki gegen sie gehalten hatte.

Ein demokratisches Eingeständnis. Die „Demokratische Partei-Korrespondenz" wirft der „Deutschen Tageszeitung" vor, sie suche „absichtlich und wider besseres Wissen den Eindruck zu erwecken, daß der Untersuchungsausschuß auf Hindenburg nicht die gebührende Rücksicht genommen habe." Dazu bemerkt die „Demokr. Partei-Korr.": „Wenn es nach der Mehrheit des Untersuchungsausschusses gegangen wäre, wäre Hindenburg überhaupt kaum bemüht worden; so große Rücksicht wollte der Untersuchungsausschuß auf Hindenburg nehmen." Diese Aeußerung ist recht offenherzig. Es ist ja allerdings für jeden halbwegs aufmerksamen Beobachter klar, daß sich die beteiligten Sozialdemokraten und Demokraten am liebsten um die Vernehmung Hindenburgs herumgewunden hätten, schon um das Erscheinen des Feldmarschalls in Berlin und sein Auftreten an dieser Stätte zu vermeiden. Daß aber das demokratische Parteiorgan die Hintergedanken der Ausschußmehrheit so öffentlich eingesteht, wird doch nicht gerade überall im Lager der Linken Freude hervorrufen.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

60] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Nun, dann bist du entschuldigt. Wie aber dein Vater es verantworten will, daß ich, sein bester und vertrautester Freund, von dieser Geschichte erst erfahre, nachdem sie sich zu einer Katastrophe entwickelt hat, das zu erfahren bin ich sehr begierig. Wäre es wohl möglich, meine Herren, mit meinem Freunde ein paar Worte zu reden?"

„Gewiß. Ich werde Herrn Anton Hildebrand sofort hierher bitten."

Alle warteten gespannt auf das Erscheinen des alten Herrn, nicht am wenigsten auch Oswald, der seinen Vater an diesem Tage noch nicht gesehen hatte und fürchtete, die Nacht und der heutige Tag würden den von der Wucht der Ereignisse schwer Getroffenen noch mehr niedergedrückt haben. Umso angenehmer überrascht war er, zu sehen, daß sein Vater heute wesentlich gefaßter war als gestern. Er trug den Kopf hoch und sein Blick ging frei und ohne Befangenheit über die Gruppe der Anwesenden. Im nächsten Augenblick lagen die beiden alten Herren sich in den Armen.

„O — Gerhard — du — du bist hierher gekommen — wie mich das überrascht!" rief Anton Hildebrand mit bewegter Stimme.

Da schob der Landgerichtsrat den Freund von sich ab, seine Augen blickten zornig und seine Stimme klang fast grob, als er nun sagte:

„Ja, gewiß bin ich gekommen! Was zum Teufel konnte ich denn anders tun als herkommen, wenn mir solche Telegramme ins Haus fliegen! Schöne Geschichten habe ich hier angetroffen, das muß ich sagen! Das sind nun die Folgen deines Mißtrauens deinen besten Freunden gegenüber."

„Schimpf nicht, Lieber", bat der alte Herr mit bedrücktem Kopfschütteln. „Wenn du alles wüßtest, was ich in den letzten Jahren gelitten habe — und stumm und mutterseelenallein —"

„Himmelsdockschwerenot, das ist ja gerade meine Wut, daß du das alles mit dir allein ausgemacht hast! Wo du Männer weißt, die ohne Bedenken zehn Eide auf dich schwören! Mensch, weißt du auch, daß du einen niederträchtigen Verrat an dir selbst begangen hast?"

„Na ja — gewiß — es ist möglich! Sei nur nicht so wütend. Oswald, sag ihm, er solle nicht so hart zu mir sein!"

„Ich sage ihm nichts, Papa", wehrte Oswald ab. „Seine Vorwürfe sind durchaus berechtigt. Und wenn er dir die Wahrheit sagt, dann brauch ich's nicht mehr zu tun. Es geht mir überhaupt sehr gegen mein Gefühl, meinem Vater Mangel an Vertrauen zu seinem eigenen Sohn vorwerfen zu müssen."

„Mein Gott — ja — ihr habt ja recht — gewiß, ohne Zweifel habt ihr recht. Wenn ich gewußt hätte, welchen Ausgang die Sache genommen hätte, dann hätte ich ja wohl früher etwas gesagt. Doch ihr könnt das alles ja doch nicht so fühlen wie ich —"

In diesem Augenblick wurde das Gespräch durch den Eintritt eines Polizisten unterbrochen, der dem Untersuchungsrichter ein Paket überreichte. Dieser warf einen Blick auf die Adresse, dann öffnete er das Paket — und ein lauter Ausruf der Ueberraschung entfuhr seinen Lippen. Alle Anwesenden blickten mit dem Ausdruck höchsten Staunens auf das, was er in die Höhe hielt — und das war nichts anderes als ein Dolch. Anton Hildebrand trat mit einem hastigen Schritt zum Tische und griff mit zitternder Hand nach der Waffe. Nur einen kurzen Blick brauchte er darauf zu werfen, um sie zu erkennen. Er nickte ein paarmal schwer vor sich hin.

„Dieser Dolch — ist — mein Eigentum."

„Der Sendung liegt auch ein Brief bei," sprach der Untersuchungsrichter. „Geben Sie acht, meine Herren, ich werde Ihnen das Schreiben vorlesen."

Und er las mit lauter Stimme, jedes Wort schwer betonend, den Brief vor, den Laura Bürklin ihrem Vetter Gustav diktiert hatte.

Lautlose Stille herrschte im Zimmer und hielt auch noch an, als die Worte längst verklungen waren. Zwei Minuten lang standen alle regungslos. Dann richteten sich die Blicke der Anwesenden mit dem Ausdruck gespannter Frage auf Oswald. Der zuckte mit vollkommener Ruhe die Schultern.

„Ja, meine Herren, diese Beschreibung zielt mit außerordentlicher Deutlichkeit auf mich hin — ich möchte sagen, mit einer verdächtigen Deutlichkeit. Aber, meine Herren, der Schreiber dieses Briefes hat gelogen."

„Das ist ohne Zweifel ein Werk des intriganten Frauenzimmers!" rief der Polizeirat.

„Wenigstens geht diese Sache von Fräulein Bürklin aus," setzte Oswald hinzu. „Niemand weiß so genau als ich, daß ich die Schönhauser Allee nicht gesehen, noch weniger betreten habe. Also kann der namenlose Einsender mich dort auch nicht gesehen haben. Er kennt mich aber, da er aufs genaueste meine Kleidung beschreibt. Aus Ihrer Unterhaltung mit Fräulein Bürklin haben Sie ja bereits erfahren, daß sie mit dem Schnitt und der Farbe meines Anzuges genau bekannt war. Ich meine, das alles weist einen sehr deutlichen Weg."

„Andererseits traue ich dem Fräulein eine solche plumpe, ja dumme Lösung der für sie kritisch gewordenen Frage betreffs des Dolches nicht zu," bemerkte der Untersuchungsrichter nachdenklich. „Hat sie wirklich den Dolch in ihrem Besitz gehabt, so hätte sie sich seiner nicht in ungeschickterer Weise entledigen können als auf diesem Wege. Meine Herren, bitte, betrachten Sie den Brief, ob jemand von Ihnen vielleicht die Schriftzüge erkennt."

Der Brief ging von Hand zu Hand, doch keiner der Herren erkannte die Schrift. Es war eine ausgeschriebene kaufmännische Handschrift ohne besondere Charaktermerkmale. Allen aber fiel auf, daß der Briefbogen die Firma des Hotels zum „Deutschen Kaiser" in Hamburg trug.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912021-18/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 2. Dezember.

Stadtverordneten-Sitzung

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Stadtv.-Vorsteher nig wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Es er- zunächst die Wahl der Armendirektion, die fol- Ergebnis zeitigt: Armenbezirksvorsteher: Friedrich, s, Puppendick, Schwarz, Wähmer und Walter, Fabrik- tor a. D. Deparade; Armenpfleger: Marhold und Bern-, Rentner Fr. Reuter sen., Kaufmann Weschke, sowie Ge- führer Emil Koch, Burgstraße 27.

Die vom Schulausschusse beantragten Aenderungen Ortsstatute für die Fortbildungsschulen, u. a. Regelung Beitragspflicht der Arbeitgeber, Heranziehung der in den benachbarten Gemeinden wohnhaften Fortbildungsschul- tigen zum Schulbesuchszwang werden angenommen. Ein Stadtv. Lock (Unabh.) eingebrachter Antrag, die Lern- sämtlichen Schülern unentgeltlich zur Verfügung zu in der Weise, daß die Lernmittel nach beendeter Schul- wieder zurückzugeben, für verlorene von den Schülern Ersatz leisten sei, wird abgelehnt. Es werden künftig nur be- tigen Schülern nach Entscheidun des Schulvorstandes die mittel unentgeltlich geliefert werden.

Die Zusammensetzung der Schulvorstände der Fortbildungsschulen entspricht insofern nicht den Anschauungen Bedürfnissen der neuen Zeit, als nicht alle Kreise in ihnen treten sind, für welche die Schulen Bedeutung haben. Es eine entsprechende Vertretung der Arbeiterschaft, der An- tenverbände und der Lehrerschaft. Zufolge der Anord- eines Erlasses des Ministers für Handel und Gewerbe vom März 1919 sollen daher die Schulvorstände neu gebildet en. Die vom Magistrat vorgeschlagene Zusammensetzung, allerdings erst zur Durchführung kommen kann, wenn die Magistrat beantragte Aenderung der beiden Ortsstatute in getreten ist, berücksichtigt die an den Schulen inter- ten Kreise und trägt auch den in den bezügl. Eingaben der erkollegien vom Mai d. J. vorgetragneen Wünschen insofern nung, als die beteiligten Interessentengruppen die Per- ihres Vertrauens auf Grund eigener Wahl direkt in die lvorstände entsenden. — In den Schulvorstand der ge- lichen Fortbildungsschule werden als Vertreter der Stadt- dnetenversammlung die Stadtvv. Heine, Vollbracht, Kürbs, gold, in den Schulvorstand der Kaufmännischen Fort- ngsschule die Stadtv. Bretschneider, Schweikert, Wilke und r gewählt.

Ueber die Verwendung von Betriebsüberschüssen, die wir bereits in der gestrigen Abendausgabe berichteten, dem Antrag des Haushaltungsausschusses gemäß be- ssen. — Um die Gasanstalt nach Möglichkeit zu ent- en und um eine weitere Ausdehnung der Sperrzeit zu indern, wird beschlossen, in mehreren städtischen Dienst- men elektrische Beleuchtung einzurichten. Die hier- otwendigen Kosten in Höhe von 44 300 Mark, die aus dem einschaftlichen Dispositionsfonds entnommen werden sollen, den bewilligt.

Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) richtet im Auftrage er Fraktion folgende Anfrage an den Magistrat: dem Magistrat bekannt, daß weibliche Arbeitskräfte unter Hinweis, daß ihnen sonst die Erwerbslosenunterstützung ogen werde, durch Arbeitsvermittler veranlaßt werden, echt entlohnte Arbeitsplätze anzunehmen? Was gedenkt der istrat zu tun?" Stadtv. Hildebrandt führt als Beweis für Anfrage zwei Beispiele an. — Stadtrat Velthuis: Die e, die Stadtv. Hildebrandt vorgetragen hat, sind mir nicht annt. Die Arbeitsnachweise sollen nur Stellen, die tarif- ig bezahlt werden, vermitteln. Wir sind aber auch anderseits tlich verpflichtet, die Leute darauf aufmerksam zu machen, wenn sie keine Arbeit übernehmen, auch keine Armen- rstützung mehr beziehen werden. Im übrigen bin ich gern it, die Fälle, die Herr Hildebrandt anführte, nachzuprüfen. — Anfrage wird hiermit für erledigt erklärt. — Der Antrag U. S. P., den Magistrat zu ersuchen, daß aus dem ds, der am 27. Oktober unter Punkt 10 der Sitzung der dtverordnetenversammlung beschlossen worden ist, nicht nur mgekehrte Kriegsgefangene, sondern auch heimgekehrte ilgefangene Beihilfen bis zu 600 Mark erhalten nen, wird angenommen.

Erwerbslosenunterstützung

ert ein weiterer Antrag der U. S. P. folgenden Wortlauts: r Magistrat wird ersucht, dem Kollegium eine Vorlage zu erbreiten, die Vorsorge trifft, den Arbeitern und Arbeite- nen derjenigen Betriebe, die infolge der Kohlenkalamität iegen müssen, einen erhöhten Zuschuß zur Erwerbslosen- erstützung zu gewähren." — In der Begründung dieses An- es betont Stadtv. Kürbs (Unabh.), daß das bisherige erstützungsgeld von 6 M. pro Tag in keiner Weise aus- hend sei. — Stadtrat Velthuis: Ich möchte empfehlen, Antrag dem Sozialen Ausschuß zu überweisen. Im nen habe ich heute die Nachricht vom Reichskohlenkommissar alten, daß alles getan wird, um eine Schließung der triebe zu vermeiden. Die größeren Betriebe haben Kohle bis zum Januar. — Stadtv. Minner (Dem.): Es ührt uns eigentümlich, daß der Antrag von seiten der Un- ängigen gestellt wird. Es kommt uns so vor, als ob ihnen äh'ich das Gewissen schlüge. Hätten sie nicht im Sommer unseligen Streiks gefördert, so hätten wir Kohle im voraus. t hängt es nur noch an einem Faden, daß über ganz Mittel- tschland ein Streik ausbricht. Wenn Sie Unterstützung für Arbeiter haben wollen, dann wollen wir sie auch für die Be- be, die stilliegen. — Stadtv. Kürbs (Unabh.): Ich hatte ausgesehen, daß mir Herr Minner die Antwort nicht schuldig ben und den Bergarbeiterstreik anführen würde. Nicht wir, wir die Revolution gemacht haben, sind Schuld an den Ver- nissen. Die mißlichen Verhältnisse im Bergbau sind darauf ückzuführen, daß während des Krieges mit dem Bergbau, der Eisenbahn usw. Raubbau getrieben wurde. Wie liegen Verhältnisse in Bitterfeld? Wir sind schon früher dafür getreten, daß die Feiertage, die auf Wochentage fallen, ab- schafft werden. Es ist pure Heuchelei, wenn die Arbeiter, die ächlich bereit sind zu arbeiten daran verhindert werden. tten Sie übrigens den Krieg früher abgebrochen, dann wäre nicht so weit gekommen. Auf den Zuruf des Stadtv. rader „Vaterlandsverräter" fährt Redner fort: Leute, die einen Wilhelm II. eintreten, für einen Mann, den man emein als einen Idioten bezeichnet, sind noch mehr als terlandsverräter. — Der Vorsteher bittet, die Verhandlung as parlamentarischer zu führen und Zwischenrufe zu unter- en. — Die Abstimmung ergibt Ueberweisung des Antrages den Sozialen Ausschuß.

Ein Antrag der demokratischen Fraktion, der folgender- en lautet: „den im Ruhestand befindlichen städtischen Be- ten und insbesondere deren Hinterbliebenen ist mit einer ein- ligen Beschaffungsbeihilfe allein nicht gedient. Sie erwarten fortlaufende Aufbesserung ihrer jetzigen ezüge, die noch heute auf oft viele Jahre zurückliegende Be- setzsätze eingestellt sind" wird angenommen. Im Anschluß ran wird über einen Dringlichkeitsantrag des Stadtv. leis (Mehrh. Soz.) beraten der dahin geht, auch den auf ivatdienstvertrag angestellten Arbeitern und Beamten, die nach 1. Mai d. J. in städtische Dienste getreten sind, eine Be- ffungsbeihilfe zu gewähren. Der Vorschlag des Stadtrats rm. die Angelegenheit dem Haushaltsausschuß zur Beratung zu überweisen, findet Annahme. — Der Ortsgruppe Halle des Hilfsbundes vertriebener Elsaß-Lothringer werden 10 000 M. bewilligt. — Einem Landaustausch zwischen dem Hospital St. Cyriaci und dem Fabrikbesitzer Kamprath wird von der Versammlung Zustimmung erteilt. — Für Instandsetzungsarbeiten der Unterburg Giebichenstein werden 3500 M. bewilligt; für den Umbau des Grundstückes Großer Berlin 11, das dem Wohnungsamt zur Verfügung gestellt werden soll, 11 500 M. — Da für den Ausbau für Grube Karl-Ernst sich in den nächsten Jahren besondere Aufwendungen notwendig machen, werden 100 000 M. vom Ueberschuß der Grube aus 1918 zur Bildung eines besonderen Fonds bereit gestellt. — Für das Stadtkrankenhaus werden 35 000 M. zur Beschaffung von Wäsche, Instrumenten usw. bewilligt.

Eine Eingabe betreffend Vorführungen in den Kinomatographentheatern veranlaßt die deutschnationale Fraktion, einen

Antrag auf Kommunalisierung der Kinos

zu stellen. Stadtv. Splett (Christl. Volkspartei) führt hierzu aus: Eine Reihe von Vereinen, u. a. die Stadtmission, hat vor einigen Wochen eine Eingabe gemacht, die Kinomatographentheater unter strenge Zensur zu stellen und sie gegebenenfalls mit Rücksicht auf die Kohlennot zu schließen. Der Schulausschuß hat sich eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt und nimmt ungefähr denselben Standpunkt ein. Volk und Jugend sind durch die Kinos schwer bedroht und wir können heute unmöglich ohne Zwangsmaßnahmen auskommen. Diese werden in kurzer Zeit einsetzen. Es ist auch schon ein Antrag auf Uebernahme der gesamten Filmherstellung durch den preußischen Staat eingelaufen. Ferner ist eine Filmzensur, die schon bei der Herstellung des Films beginnt, verlangt, schließlich werden die Kinos auch von dem Kommunalisierungsgesetz betroffen werden. Selbst, wenn man das Kino als Erziehungs- und Bildungsstätte betrachten kann und alles Unsittliche aus ihm entfernt ist, so muß doch immer noch eine scharfe Kontrolle ausgeübt werden. — Stadtv. Busse (Dtschntl.) stellt darauf im Namen seiner Fraktion den Antrag, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen zur Uebernahme der Lichtspielhäuser in städtische Verwaltung Vorbereitungen zu treffen, bevor das Kommunalisierungsgesetz in Kraft getreten sei. — Stadtv. Keil (Dem.) hält die Angelegenheit für noch nicht spruchreif und ist für Zurückziehung des Antrages, während ihn Stadtv. Herzfeld (Dem.) den Sozialisierungsausschuß überweisen will. In diesem Sinne wird auch von der Versammlung beschlossen. (Schluß folgt.)

Alldeutscher Verband

In der Sitzung der hiesigen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes vom 26. November, die trotz der während des Tages vorausgegangenen Deutschnationalen Parteitagung gut besucht war, fand zunächst eine Aussprache statt, im Anschluß an den von Herrn Geheimrat Prof. Dr. Voretzsch in der Oktobersitzung erstatteten Bericht über die Tagung des Alldeutschen Verbandes in Berlin. Im wesentlichen wurden hierbei einmal Punkte der inneren Organisation des Verbandes berührt, sodann die Stellung der Hauptleitung und des geschäftsführenden Ausschusses zu der Frage des deutschen Kaisertums vom Vorsitzenden eingehend erörtert.

Der Alldeutsche Verband fordert die Rückkehr zu einem deutschen Kaisertum auf konstitutioneller Grundlage nicht aus „reaktionären" Beweggründen, nicht aus legitimistischen oder gar dynastischen Anschauungen heraus, sondern allein aus nationalen Gründen, ohne damit den Boden der Parteipolitik betreten oder gar selbst zu einer Partei werden zu wollen. Denn, da die Mehrheit des deutschen Volkes durch harte Schicksalsfügung nur über sehr schwach entwickelten nationalen Sinn verfügt, ist es undenkbar, daß diese Mehrheit je aus sich selbst heraus sich eine Vertretung (Reichstag oder dergl.) wählt, die in ihrer Mehrheit nationalen Sinn und Willen zu eigen hätte. Die vom Volke gewählte Vertretung muß vielmehr wie früher die Regierung mit einer anderen Stelle teilen, die nicht aus Volkswahl hervorgeht, nicht notwendigerweise mit dem Uebel behaftet zu sein braucht, zu geringen nationalen Sinn zu zeigen. Eine unerläßliche Voraussetzung ist dabei die Annahme, daß wir nicht das Kaisertum alter Form zurückfordern, ein Kaisertum, das mit allen nur erdenklichen Sicherungen umgeben wird. So ausgestaltet, daß es in Zukunft ein im wahren und tiefsten Sinne nationales Kaisertum sei und bleibe. Dabei sollen Staatsform und Staatsverfassung organisch aus den besten Seiten deutscher Eigenart entwickelt, der weiteren Heraufgestaltung der deutschen Eigenart in ihren besten Seiten freieste Bahn geschaffen und damit der Gesamtheit des Volkes wie dem Einzelnen Raum für freie Entfaltung der besten deutschen Kräfte gewährleistet werden.

Der von gegnerischer Seite erhobene Vorwurf, die Monarchie sei am Zusammenbruch unsres Volkes schuld, ist nicht stichhaltig, vielmehr hat, da wir keine „absolutistische", sondern eine „konstitutionelle" Verfassung hatten — d. h. die Regierung bestand aus einem Monarchen und seinen Ratgebern einerseits und der im Reichstag versammelten Volksvertretung andrerseits —, der Monarch, die Regierung, der Reichstag und das Volk versagt. Da alle diese Faktoren im wichtigsten Punkte: in der Stärke des nationalen Sinnes und Willens sich als unzulänglich erwiesen, mußte der Zusammenbruch kommen.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Herrn Prof. Dr. Hertzberg über

„Alte und neue Völkerwanderungen".

Er ging davon aus, daß jedes Zeitalter, jeder größere Völkerzweig diesen Vorgang in seiner Geschichte zu verzeichnen hat, daß freilich nicht alle Wanderungen geschichtlich bedeutende Wirkungen ausgelöst haben, daß es aber doch eine ganze Reihe von Völkerbewegungen gibt, die ganzen Ländern, ja selbst Erdteilen einen Stempel aufgeprägt haben. Wenn wir der Tatsache gedenken, daß selbst ein Halbkulturvolk wie die Malayen beinahe ganz Polynesien durchschwärmt haben, daß Neger- und Indianerstämme ihre Erdteile durchzogen haben, daß eine große Menge mongolischer Stämme Hoch- und Westasien durch ihre Züge erschüttert haben, so bleiben für uns Europäer am wichtigsten die Wanderungen der Indogermanischen Hauptgruppen. Griechen und Italiener haben in Wanderungen ihre nachmalige Heimat erreicht und sich von dieser wieder späterhin als Träger bedeutender Kultur und politischer Macht weit in den Mittelmeerländern verbreitet. Das Imperium Romanum ist ohne größere planmäßig geleitete Völkerverschiebungen gar nicht zu denken, und die Verbreitung der Griechen an so vielen Küsten des Mittelmeeres setzt gleichfalls eine ganze Anzahl von Wanderbewegungen voraus. Im Rücken dieser alten Völker dehnen sich nun in einem Zeitraum von über einem Jahrtausend und längerhin Kelten, Germanen und Slawen nacheinander aus. Kelten treffen wir in dem Jahrhundert vor und nach Christi Geburt beinahe in halb Europa, ja selbst im fernen Kleinasien. Aber weniger Begierde nach Land, wie bei den Germanen, sondern Ruhmesucht, Beutelust, unbändige Tapferkeit trieb dies begabte Volk weitumher, dessen Charakter, von Caesar so vortrefflich skizziert, noch heute bei den Franzosen weiterlebt. Unsere Altvorderen, die sich ihr Vaterland Germanien z. T. erst von den Kelten errangen, wurden durch die römische Politik an Rhein und Donau festgehalten, zu ihrem Heil. Rechts vom Rhein wurzelten sie allmählich fester auf ihrem Boden. Ihre östlichen Brüder, die gotischen Völker trieb es nach Südrußland und Ungarn, was sie aber gegenüber dem hunnischen Ansturm nicht halten konnten. Trotzdem ist die gotische Geschichte in Südeuropa nachmals ein wahres Heldenzeitalter geworden, wenn auch die blonden Recken der byzantinischen Politik und den zahlreichen Romanen erlagen. Zur Ausbildung des Romanentums haben sie viel mit beigetragen. Während die Westgermanen links vom Rhein und südlich der Donau nationalen Bodenraum gewinnen, ja schließlich die westeuropäische Geschichtsentwicklung ermöglichen, fällt Ostgermanien den slawischen Völkern anheim, die ebenso wie auf der Balkanhalbinsel, in Hellas wenigstens späterhin durch die Mächte von Staat und Kirche gräzisiert oder germanisiert wurden. Czechen und Polen freilich behaupten sich und Ungarn wird zum Glück für uns Deutsche Wohnraum der uralaltaischen Magyaren, die so im Anschluß an Bayern und Rumänen die beiden Hauptmassen des Slawentums trennen. Die neure Zeit kennt an Völkerbewegungen, Massenabwanderungen in Europa vor allem die der halbslawischen Russen nach Sibirien, und dann die Auswanderungen der Westeuropäer vor allem nach Amerika und Australien. Die Spanier und Portugiesen können kaum als Wandervölker in Betracht kommen, ebensowenig Niederländer und Franzosen, trotzdem gerade Frankreich Anspruch auf halb Nordamerika machte. Briten und in ihrem Gefolge Deutsche, letztere freilich durch politische religiöse und wirtschaftliche Nöte von ihrem Heimatboden verscheucht, wie besonders in der Pfalz, haben den Grund gelegt zum nordamerikanischen Volke. Das 19. Jahrhundert sah eine Massenauswanderung von Briten und wieder von Deutschen vor allem nach Nordamerika. Bis zu 15 Millionen germanische Einwanderer kann man da rechnen. Nationalen Gewinn können wir bei dieser Bewegung nur wenig buchen. Der Deutsche war gut als Völkerdünger. Und heute sind wir in derselben trübseligen Lage, daß wir Tausende und Abertausende unserer Volksgenossen müssen über die Grenzen gehen lassen, damit sie nicht in der Heimat zugrunde gehen. Den nationalen Vereinen und allen sonstigen Interessenten erwächst die notwendige Pflicht, durch Belehrung hier zu wirken, dafür zu sorgen, daß nun wenigstens ein Teil der Emigranten den geistigen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit der alten Heimat bewahrt.

In der an den Vortrag sich anschließenden Erörterung wurde ganz besonders auf diese Schwierigkeiten, die einer deutschen Auswanderung im Wege stehen, hingewiesen.

Nach Erledigung der Tagesordnung nahm der Vorsitzende noch Stellung zu der kürzlich erschienenen Schrift von Dr. Reismann-Grone: „Der Erdenkrieg und die Alldeutschen" und wies ausführlich und gebührend die Grundlosigkeit des darin der Verbandsleitung und ihrem Vorsitzenden gemachten Vorwurfes zurück, sie seien etwa seit Beginn dieses Jahrzehnts die Vertreter einer Habsburgischen Politik des Alldeutschen Verbandes geworden und hätten diesen dazu mißbraucht im Deutschen Reiche den Vorteil des Hauses Habsburg zu fördern.

Der Kilian-Prozeß

Der Zeuge Langer sagt noch weiter aus, Ferchlandt habe erklärt, sowie Klaus erwischt wird, ist er unschädlich zu machen; vom S.-Rat, unterzeichnet Fer[illegible] und Gruner, sei ein Haftbefehl gegen Klaus ausgestellt worden. Auch Langer hatte einen Schein, er sei berechtigt, Klaus zu verhaften und nach dem „Wettiner Hof" zu bringen, das Weitere würde dann selbst besorgt. Klaus erklärt: Am 12. Januar vormittags wurde im „Wettiner Hof" im Hofe des Hintergebäudes bereits ein Lazarett eingerichtet, auch war als Arzt Dr. Fischer bestellt worden. Zeuge Weider bestätigt diese Angabe mit dem Bemerken, Feldunterarzt Dr. Fischer sei auf Befehl Ferchlandts etwa zu 11 Uhr bestellt worden mit Tragbahre und Instrumenten. Klaus erklärte noch, am 12. Januar nachmittags habe der aus dem Klüver-Prozeß bekannte Max Rädel, wie er selbst gesagt habe, an der „Goldenen Kugel" gestanden und

die ersten Schüsse auf den bürgerlichen Demonstrationszug

abgegeben, durch die der Knabe Pfifferling getötet wurde. Weider und Langer bestätigen diese Aussage. Weider bekundet weiter, das Lazarett sei eingerichtet, weil ein Angriff der Artillerie befürchtet wurde.

Der nochmals geladene Zeuge Chemnitz hat am 10. Januar auf dem Balkon des Rathauses gestanden, als die Sicherheitstruppe die Fenster besetzt hatte. Die Soldaten hatten die Gewehrläufe aus dem Fenster gehalten, was ihnen dann verboten wurde. Zeuge hat nicht gehört (wie von anderer Seite behauptet worden war), daß Kilian nach dem Ueberfall auf die Spitze des Demonstrationszuges gesagt habe: Das ist recht so, er hat vielmehr den Eindruck gehabt, daß Kilian der Ueberfall sehr unangenehm gewesen sei. Nervenarzt Prof. Dr. Ernst Siefert bekundet als Sachverständiger, daß Klaus nicht unzurechnungsfähig sei, wie behauptet wurde; er sei wohl geistig minderwertig, aber von einer syphilitischen Geisteskrankheit könne keine Rede sein. Auch die heutige Aussage ist dem Sachverständigen durchaus glaubwürdig.

Der schon früher vernommene Zeuge Willi Henne, damals Führer der Matrosenkompagnie, bestreitet ganz entschieden die Angabe des Klaus, daß am Abend des 9. Januar ein Telegramm vom Reichswehrminister Noske an den S.-Rat eingetroffen sei, nach dem die Durchlassung der Truppenzüge nach Berlin verlangt wurde; er habe dieses Telegramm nicht in Händen gehabt und auch nicht vor Augen bekommen. Henne bleibt den wiederholten Vorhaltungen des Gerichtsvorsitzenden gegenüber bei seiner Aussage, die er eidlich abgegeben hat. Es kommt noch zur Sprache, daß Ferchlandt am 9. Januar Befehl gegeben hat, den „St. Nikolaus" zu umstellen und die Unteroffiziere im „St. Nikolaus" zu entwaffnen. Langer sagt ferner, in einer Nacht hätten

Matrosen mit der Halbwelt wahre Orgien

gefeiert in einem hiesigen Lokal in der Magdeburger Straße.

Der Zeuge Sperl war in der Sitzung des A.- und S.-Rates, in der über die Truppentransporte geredet wurde. Es sei dort geltend gemacht worden, die Durchzüge könnten nicht dauernd vom Sicherheitsregiment verhindert werden, da das Regiment zu schwach dazu sei. Kilian habe dazu gesagt: Dann können wir noch 5000 bis 6000 Arbeiter bewaffnen. Kilian habe auch geäußert, die Truppen nach Berlin müßten aufgehalten werden, damit sie die Putsche in Berlin nicht unterdrücken könnten. (!)

— **Fritz Schaper †.** Mit dem Tode von Fritz Schaper (gestorben 29. Nov. 1919) ist wieder ein alter Hallenser aus dem Leben geschieden. Er war geboren zu Alsleben a. d. S. am 31. Juli 1841 als Sohn des dortigen Pastors. Da beide Eltern 1849 von der Cholera dahingerafft wurden, ohne Vermögen zu hinterlassen, nahmen sich verschiedene Familien ihrer zahlreichen zurückgelassenen Kinder an, so unter anderem der Goldschmied Walther in Halle, des auf dem Gebiete der Juwelierkunst später berühmt gewordenen Hugo Schaper in der Potsdamer Straße in Berlin. Der Graf Alfred Kielmansegge in Halle (vermählt mit Luise Zimmermann) entschloß sich, seinen Bruder Fritz als Spielkameraden für seinen um mehrere Jahre älteren Sohn Lothar, der vor etwa 15 Jahre in Naumburg als Oberst a. D. verstorben ist, in seine Familie aufzu-

Deutschnationale Volkspartei Halle-Saalkreis

Am Sonntag, den 7. Dezember, vormittags ½12 Uhr, spricht im „Neumarktschützenhaus", Harz 41, Generalsuperintendent Reinhardt, Mitglied der preußischen Landesversammlung. Der Redner ist als einer der ersten Kanzelredner Deutschlands bekannt und einer der feinsinnigsten Köpfe der preußischen Landesversammlung. Karten bei der „Halleschen Zeitung", in der Lippertschen Buchhandlung, Gr. Steinstraße, und in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 10.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912021-18/fragment/page=0003

nehmen. So verbrachte Fritz Schaper seine Kindheit und Schulzeit, auch seine Lehrjahre, da er 2 Jahre lang als Steinmetz in Halle arbeitete, in unserer Vaterstadt, ehe er in die Schule von Albert Wolff nach Berlin übersiedelte. Der Familie Kielmansegge hat der Verstorbene ein pietätvolles Andenken bewahrt. Massenhaft sind die Denkmäler, deren Ursprung auf Fritz Schaper zurückführt. In Halle halten sein Andenken rege die Figur von einem Landsknecht auf dem Markte und das bescheidene Denkmal von Robert Franz auf der Promenade. — Ein Altersgenosse von ihm erinnerte sich noch dessen bestimmt, daß er schon als Kind sein plastisches Talent damit bekundete, daß er bereits im Hause Kielmansegge allerlei Tiergestalten als Elefanten, Löwen, Hunde usw. aus Wachs nachbildete. Es bildet ein Talent sich in der Stille und ein Charakter in dem Strom der Welt. Gg. S.

— **Herstellung von Kuchen in Bäckereien.** Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 27. September 1918 darf in Betrieben, in denen Roggen- oder Weißbrot gewerblich hergestellt oder feilgehalten wird, Kuchen oder Torte weder hergestellt noch feilgehalten werden; lediglich das Backen dieser Waren für Haushaltungen ist den Betrieben gestattet. Mehrfache Verstöße gegen diese Bestimmung geben uns Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuweisen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft; auch kann neben der Strafe die Schließung der betreffenden Geschäfte angeordnet werden.

— **Ausgabe von Einfuhr-Zusatzkarten für Auslandsmehl.** Die Ausgabe der Einfuhr-Zusatzkarten für Auslandsmehl Nr. 21 bis 24 findet in der Woche vom 1. bis 6. Dezember 1919 gleichzeitig mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Markenausgabestellen statt. Die einzelnen Marken werden seinerzeit durch besondere Bekanntmachung in Gültigkeit gesetzt werden.

— **Hallischer Bürgerverein.** Am Freitag, dem 5. veranstaltet der Verein zusammen mit der hiesigen Ortsgruppe des Bundes deutscher Bodenreformer in der Aula des Stadtgymnasiums, Sophienstraße, eine öffentliche Versammlung, in der ein hervorragender Kenner der Bodenreformbewegung, Herr Wiesener aus Hamburg, über das zurzeit mit im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stehende Thema: „Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Bodenreform“ sprechen wird. Alle Kreise der Bürgerschaft ohne Unterschied der Partei sind eingeladen. Näheres an den Anschlagsäulen.

— **Eine Wohltätigkeitsaufführung zum Besten des Frauenvereins** in der Petrusgemeinde wird am Sonnabend, den 6., um 8 Uhr in der Bergschenke vom hiesigen Turnlehrerinnenseminar veranstaltet. Dargeboten werden in lieblichen Kleidertrachten sittig-sinnige Volkstänze mit Gesang, Volkslieder zur Laute, Einzellieder mit Klavierbegleitung. Alle, die sich noch Sinn für unser wahres gemütvolles Volkstum mit seinem Ernst und Scherz bewahrt haben, werden einen genußreichen Abend verleben.

— **Schutzpockenimpfung.** Die Aerzte, die in diesem Jahre Schutzpockenimpfungen vollzogen haben, werden von der Polizeiverwaltung ersucht, ihre Privatimpflisten möglichst umgehend, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember dieses Jahres der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstraße 4 (Zimmer 18), einzureichen. Wiederimpfungen erwachsener, nicht mehr schulpflichtiger Personen müssen in besondere Listen aufgenommen werden.

Provinz Sachsen

Koburgs Anschluß an Bayern gesichert

Das Ergebnis der Volksbefragung.

Koburg, 1. Dezember.

Im Freistaat Koburg fand gestern die Volksbefragung über die Annahme des Thüringer Gemeinschaftsvertrages statt. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen wurden 25 437 Stimmzettel mit Nein und 3143 Stimmzettel mit Ja abgegeben. Damit ist der Beitritt Koburgs zum Freistaat Thüringen abgelehnt und die Regierung aufgefordert, den Anschluß an Bayern sofort herbeizuführen. Die Wahlbeteiligung betrug zirka 75 Prozent. Gegen 30 ländliche Orte stehen noch aus. Jedoch ändern sie nichts an der überwiegenden Mehrheit für den Anschluß an Bayern.

Anhaltische Landessynode

R. Dessau, 30. November.

Die Synode beendete gestern in einer umfangreichen Sitzung ihre Arbeiten. Eine lange und teilweise heftige Aussprache entspann sich bei der Beratung des Antrages der Freunde evangelischer Freiheit über die Abänderung der Amtstitel der Geistlichen. Abg. Günther begründete den Antrag und betonte, es handle sich nicht um eine Standesangelegenheit der Pfarrer, sondern um eine Sache des Kirchenvolkes. Die evangelische Kirche kenne weder Rangunterschied zwischen weltlichem und geistlichem Stande, noch Rangstufen der Geistlichen. Mehrere Redner mußten zugeben, daß es zwischen den ranghöheren und den rangniederen Geistlichen wiederholt zu ernsten Mißhelligkeiten gekommen sei. Nachdem Generalsuperintendent Hoffmann erklärt hatte, daß auch die kirchliche Oberbehörde an eine Titelvereinfachung der Geistlichen denke, wurde der Antrag Stier dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Eine rege Debatte knüpfte sich auch an den Antrag der Freunde evangelischer Freiheit auf eine freiheitlichere Gestaltung des anhaltischen Kirchenbuches und im Zusammenhang damit an die erbetene Erlaubnis, die im Kirchenbuch enthaltenen Stücke durch solche aus andern Kirchenbüchern oder eigene Formulierungen zu ersetzen. Abg. Werner-Dessau, der die Anträge begründete, verlangte eine freiheitlichere Ausgestaltung des ganzen Gottesdienstes. Abg. Lehmann-Bernburg meinte, in der Predigt könne der Geistliche seine Subjektivität entwickeln, in der Liturgie aber, wo die Gemeinde spreche, müsse die Subjektivität zurücktreten. Eine Gewissensbelastung zu vermeiden, würde sich zweifellos ein Weg finden lassen. Der Antrag Stier, daß eine Kommission von 11 Sachverständigen eine Ergänzung des Kirchenbuches für die anhaltische Landeskirche durch Parallelformulare für Gottesdienst, Beichte, Taufe und Konfirmation unter Berücksichtigung der verschiedenen in der Landeskirche vertretenen Richtungen auszuarbeiten hat, wurde angenommen, ebenso ein Antrag Dr. Münnich-Dessau, daß bis zur endgültigen Regelung der Sache bei der Konfirmation von dem Geistlichen mit Zustimmung der Gemeindekirchenräte auch wo anders eingeführte Kirchenbücher benutzt werden dürfen. Die Frage der Ablösung der Kirchenpatronate, die von der kirchlichen Linken verlangt wurde, wurde nach längerer Debatte, in der namentlich der Segen des von Krosigkschen Patronats in Rathmannsdorf und Hohenerxleben hervorgehoben wurde, dem Trennungsausschuß überwiesen.

Abg. Schmidt-Dessau begründete seinen Antrag gegen den Kinoschmutz mit beredten Worten. Er forderte die Filmüberwachung und die Sozialisierung der Kinos, die eine große Gefahr für unsere Jugend und unser ganzes Volk bildeten. Sein Antrag wurde angenommen, ebenso der vom Abg. Werner-Coswig begründete Antrag, der unseren Gefangenen wärmste Sympathie ausspricht und deren sofortige Heimkehr fordert. Endlich gelangte ein Antrag zur Annahme, der unter der Voraussetzung der Beibehaltung des jetzigen Wahlverfahrens die Kosten für die Kirchenversammlung nicht mehr auf dem Wege der Matrikularbeiträge, sondern durch direkte Steuern von den Gemeindegliedern decken will.

Gegen 3 Uhr nachmittags schloß der Präsident die Sitzung.

s. **Aus dem Kreise Kalbe,** 1. Dez. (Die Beamtenvereinigungen) der Städte Schönebeck und Kalbe haben nachgewiesen, daß bei ihnen ähnliche Preis- und Lohnverhältnisse vorwalten wie in Madgeburg, weil die beiden Orte mit der Provinzialhauptstadt eine wirtschaftliche Einheit bilden. Sie sind deshalb von der dritten in die zweite Teuerungsgruppe aufgerückt. Der Unterschied in der Teuerungszulage ist den Beamten vom 1. Januar 1919 nachgezahlt worden.

R. **Dessau,** 1. Dez. (Die Anhaltische Landesversammlung,) die morgen hier zusammentritt, wird sofort mit einer Vorlage befaßt werden, durch die ein Landeswirtschaftsamt begründet wird. Das neue Amt, das dem Staatsrat unmittelbar unterstehen wird, hat nicht nur für die Beachtung der reichs- und landesrechtlichen Vorschriften auf dem Gebiete der gesamten Wirtschaft zu sorgen, sondern soll auch von sich aus durch sachkundige Fürsorge zur Hebung der anhaltischen Wirtschaft beitragen. Das Landesernährungsamt wird dem anhaltischen Landeswirtschaftsamt angegliedert werden, seinerseits aber auch fernerhin dem Staatsrat unterstellt bleiben. Der bisherige bewährte Leiter des Landesernährungsamtes, Geh. Regierungsrat Siegfried, ist auch für das Amt des Vorsitzenden des neu zu begründenden Landeswirtschaftsamtes in Aussicht genommen.

— **Heiligenstadt,** 1. Dez. (Zu der Ermordung) des Reisenden Jakob Laib Beiser aus Hannover erfährt die „Nordhäuser Zeitung“: Die herbeigerufene Gerichtskommission stellte fest, daß ein Raubmord vorliegt. Der Tote hatte am Halse das Tuch, das der Mörder mit einem Stemmeisen zugedreht hat. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden hat. Uhr und Geld wurden bei der Leiche nicht mehr aufgefunden. Der Tote dürfte schon seit Mitte Oktober im Gebüsch gelegen haben, denn Gesicht und Hände waren schon angefressen.

s. **Aken,** 1. Dez. (Das Hochwasser der Elbe) hat den ansehnlichen Stand von 4,65 Meter erlangt; es ist also um 15 Zentimeter über die Voraussage hinausgewachsen, dabei rechnet man auf weiteres Steigen. Die Elbfähre ist vom Ankertau losgelöst, sie verkehrt schon seit einigen Tagen nicht mehr. Der Unterbusch nach Dessau zu steht vollständig unter Wasser, das über beide Ufer getreten ist und weite Flächen bedeckt.

„H. Z.“ Sportberichte

— **Ein neuer Zusammenschluß im Halleschen Fußballsport?** Wie gemeldet wird, wollen Preußen-Halle und der H. F. C. 1910 ihre beiden Vereine zu einem verschmelzen. Ein solcher Zusammenschluß wäre zu begrüßen.

— **Hallescher Schwimm-Verein von 1902.** Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Vereinshause „St. Nikolaus“. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

stützung zugesagt.

— **Die beiden Altonaer Schlußtage in Mariendorf,** die der Altonaer Rennklub wegen der Schneefälle bekanntlich aufheben mußte, werden jetzt neu in unveränderter Fassung ausgeschrieben. An Preisen werden insgesamt 144 000 Mark gegeben.

— **Der Umbau der Hoppegartener Rennbahn** ist nunmehr vom Union-Klub endgültig beschlossen worden. Die im Jahre 1868 angelegte Bahn ruht seit 1917 infolge der Verkehrsnot. Es wird neben der Fertigstellung des fast vollendeten Sonderzug-Bahnhofes eine großzügige Umgestaltung der ganzen Anlage und der Neubau moderner großer Tribünen vor sich gehen. Mit den Arbeiten soll im Frühjahr begonnen werden.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestattet

Industrie, Handel Handwerk,

Eine erhebliche Besserung der Kohlenförderung ist in Mitteldeutschland und Sachsen zu verzeichnen. Die Produktion des Jahres 1918 ist überschritten in der Lausitz und fast erreicht in Sachsen. Die Arbeitslust ist gestiegen. Auch in den anderen Kohlenrevieren Deutschlands, mit Ausnahme von Köln, ist eine Besserung eingetreten. Die Wagengestellung ist für das mittlere Braunkohlenrevier schlecht gewesen, wodurch der Hausbrand und die Elektrizitätswerke leiden mußten. Von den Bahnen sind am schlechtesten die sächsischen versorgt, die nur für 8¾ Tage Vorrat haben; die preußischen und bayrischen Bahnen haben für 6¾ bzw. 11½ Tage Vorrat, während die mecklenburgischen sogar für 19 Tage versorgt sind.

Aus der Kali-Industrie. Der Reichskalirat tritt am 2. Dezember zur Beschlußfassung über die Erhöhung der Verkaufspreise zusammen. — Außerordentliche Gewerkenversammlungen der zum Konzern Emil Sauer gehörenden Gewerkschaften Wilhelmshall und Rothenberg haben die Einziehung von Zubußen beschlossen, und zwar bei Wilhelmshall in Höhe von 3 Millionen Mark und bei Rothenberg bis zu 2 Millionen Mark.

Eisenpreise. Die vom Stahlverbande beschlossene Erhöhung des Eisenpreises mit durchschnittlich 750 Mk. für die Tonne wird vom Reichswirtschaftsamt in dieser Höhe vielleicht nicht genehmigt werden.

Erzausfuhrverbot. Luxemburg hat das Erzausfuhrverbot wieder aufgehoben.

Aktiengesellschaften

Kapitalserhöhungen. Otto Hetzer A.G. in Weimar um 900 000 M. auf 1 507 000 M. (vorgeschlagen). — Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau A. G. um 1 176 000 M. auf 3 Millionen (vorgeschlagen).

Geplante Kapitalserhöhungen. König Friedrich August-Hütte, Akt.-Ges. in Potschappel bei Dresden, um 1 Million auf 2 Millionen. — Glasfabrik Akt.-Ges. Brockwitz, Bez. Dresden, um höchstens 1 Million auf 2 Millionen.

Braunkohlenwerke Leonhard-Vereinsglück. Beide Werke hielten ihre ordentlichen Generalversammlungen ab. Die der Braunkohlen-Akt.-Ges. Vereinsglück in Meuselwitz nahm einen sehr schnellen und glatten Verlauf. Die hierauf folgende ordentliche Generalversammlung der Braunkohlenwerke Leonhard zog sich dagegen sehr in die Länge. Ein Rechtsanwalt, Vertreter von 2 085 000 M. Aktien, beanstandete eine ganze Reihe von Bilanzposten und verlangte so detaillierte Auskunft darüber, daß die Verwaltung sich weigern mußte, diesem nachzukommen. Soweit die Beantwortung abgelehnt wurde, begründete die Verwaltung dies damit, daß die verlangten Antworten ins einzelne und Interne des Unternehmens hingreifen würden, daß dadurch unbedingt die Interessen der Gesellschaft geschädigt werden müßten. Der anfragende Aktionär erklärte sich hiermit nicht zufrieden und beantragte die Vertagung der Generalversammlung, was abgelehnt wurde. Die Jahresrechnung wurde mit allen gegen 2085 Stimmen genehmigt. Ferner wurde die Ausgabe einer Anleihe von 2,5 Millionen Mk., die mit höchstens 5 Prozent verzinslich sein soll, genehmigt. Schließlich gab die Versammlung mit allen gegen die 2085 Stimmen ihre Zustimmung zu der Abänderung des § 6 des Pachtvertrages der Braunkohlen-Akt.-Ges. Vereinsglück. Danach hat Leonhard die Vergütung für die bei Vereinsglück abgebaute Kohle von ½ Pfg. auf 1 Pfg. pro Hektoliter zu erhöhen. Im übrigen bleibt alles bei dem Pachtvertrage unverändert.

Dividenden. Baumwollspinnerei Langenfelde A. G. 10 (8 Proz.) (vorgeschlagen).

Geldmarkt und Banken

Zinsscheine der Kriegsanleihe dürfen von den Banken unter Beachtung der Vorschrift der Verordnung gegen die Kapitalflucht am 2. Januar und 1. April eingelöst werden, wenn die Scheine vor dem 1. Dezember d. J. als Zahlungsmittel im Verkehr waren oder die Stücke beim Ankauf von Heeresgut unter Abtrennung der Zinsscheine verwendet worden sind. Im letzteren Falle ist die Quittung darüber vorzulegen. In jedem Falle ist außerdem eine Ermächtigung des zuständigen Finanzamtes (Besitzsteueramtes) vorzulegen, die bei der Einlösung von den Banken vernichtet wird.

✱ — **Verlängerung des Ausfuhr- und Veräußerungsverbots für ausländische Wertpapiere.** Die Wirksamkeit der Verordnung betr. das Verbot der Ausfuhr, Veräußerung oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere vom 26. März 1919 wird in der Weise ausgedehnt, daß an die Stelle des 30. November der 31. Januar 1920 tritt.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. An der Börse bleiben nach wie vor Valuta- und Auslandswerte Trumpf. Die führende Rolle spielten Schantungbahnaktien, die bei enormen Umsätzen 60 Prozent höher einsetzten, diesen Gewinn aber bei starken Schwankungen später nicht aufrechterhalten konnten. Auch am Montan- und Kolonialaktienmarkt hielt das lebhafte Treiben an, wobei die ersteren Gelsenkirchen und Phönix mit Gewinnen von 12 bis ... und von letzteren Otavi und Neu-Guinea mit Aufschlägen von 20 Prozent und bis 35 Prozent, sowie ferner Kaokos und Süd-West bevorzugt wurden. Die schweren Kolonialwerte waren wenig verändert, und bei den übrigen Montanwerten bewegten sich die Kurserhöhungen im Ausmaß von 2 bis 5 Prozent. An den übrigen Märkten war das Geschäft stiller. Doch erzielten Schiffahrtswerte Besserungen von 2 bis 10 Prozent, Elektrowerte solche von 2 bis 5 Prozent, amerikanische Bahnen und Petroleumaktien bewegten sich bei ruhigem Verkehr auf ungefähr dem bisherigen Kursstande. Von Spezialwerten waren Deutsch-Ueberseee- und Daimleraktien ungefähr 10 Prozent höher, dagegen Zellstoff Waldhof auf den schlechten Geschäftsgang 13 Prozent niedriger. Als später aber Schantungbahnaktien von ihrem hohen Stande unter Schwankungen etwa 25 Prozent verloren, schwächte sich die Börse allgemein etwas ab. Heimische Rentenwerte lagen durchweg fest, österreichische und ungarische dagegen geschäftslos. Bei den Werten der Bundesstaaten, Städte und den Hypothekenpfandbriefen hat der bisherige Verkaufsandrang nachgelassen, und es zeigte sich zu gewichenen Kursen verschiedentlich Kauflust.

Produktenbericht. Am Hafermarkt mangelt es zwar nicht an Offerten, doch sind die Käufer angesichts des hohen Preisstandes recht vorsichtig. Für Erbsen und Bohnen inländischer Herkunft blieben infolge dauernder Kauflust die hohen Preise bestehen. In Hülsenfrüchten ausländischer Herkunft liegen vielfach Anstellungen, infolge der Valuta aber nur zu sehr hohen Preisen, vor. In Ackerbohnen und Peluschken besteht ausreichendes Angebot.

Hafernotierungen:

Berlin, 1. Dezbr. Inländischer Hafer für 1000 kg in M. Loko ab Bahn 1820—1860, loko ab märkischen Stationen 1810. Tendenz fester.

Auszahlungen.

Berlin, 29. November.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1616,—	1619,—	Oesterreich abgst.	29.85	[illegible]
Dänemark	839,25	840,25	Prag	81.90	[illegible]
Schweden	941,75	943,25	Ungarn	31.20	[illegible]
Norwegen	914,25	915,75	Spanien	834,25	[illegible]
Schweiz	771,75	773,25	Finnland	141.75	[illegible]
Oesterreich	35.45	35.55			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch-Luxemburg	[illegible]
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74,60	Deutsche Uebersee-El.	[illegible]
5% Deutsche Reichsanl.	74,50	Deutsche Erdöl	[illegible]
4 „ „	66,70	Deutsche Gasglühl.	[illegible]
3½ „ „	62,—	Deutsche Kali	[illegible]
3 „ „	63,60	Deutsche Waff. u. Mun.	[illegible]
4 Preuss. Konsols	65,75	Donnersmarkhütte	[illegible]
3½ „ „	57,50	Döring u. Lehrmann	[illegible]
3 „ „	56,—	Dürkoppwerke	[illegible]
4 Charl. Stadtanl. 89/99	96,25	Elberfelder Farben	[illegible]
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—	Felten u. Guilleaume	[illegible]
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	96,50	Gasmotoren Deutz	[illegible]
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	96,75	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	97,—	Gebhardt u. König	[illegible]
4½ Dessauer Gas-Oblig.	101,90	Gelsenkirch. Bergb.	[illegible]
4 „ „	—,—	Glauziger Zuckerfbr.	[illegible]
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
4 Oesterr. Kron.-Rente	30,75	Hann. Masch.	[illegible]
4 Ungar. Gold-Rente	67,50	Harpener Berg	[illegible]
4 Ungar. Kronen-Rente	36,—	Hasper Eisen	[illegible]
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	[illegible]
Halberstadt-Blankenb.	84,50	Höchster Farbw.	[illegible]
Halle-Hettstedter	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Schantungbahn	400,—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Allg. Lokal-Str	139.50	Humboldt-Masch.	[illegible]
Gr. Berl. Str.	113,50	Ilse-Bergbau	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kahla-Porzellan	[illegible]
Lux. Prinz Heinrich.-B.	600,—	Kaliw. Aschersleben	[illegible]
Orientbahn	320,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	—,—
Hambg. Paketfahrt	120,50	Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Hambg.-Südamerika	213.50	Landw. Bank d. Pr. Sa.	—,—
Hansa-Dampfschiff	304,—	Lauchhammer	[illegible]
Nordd. Lloyd	124⅜	Laurahütte	[illegible]
Banken:		Linke u Hofmann	[illegible]
Bank für Thür.	150,—	Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Berl. Handelsges.	160.50	Lothringer Hütte	[illegible]
Comm u. Diskontobank	134.25	Mannesmannröhren	[illegible]
Darmstädter Bank	119.75	Maschinenfabr. Buckau	[illegible]
Dess. Landesbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
Deutsche Bank	252,—	do. Caro Heg.	[illegible]
Diskonto-Comm.	175,—	do. Kokswerke	[illegible]
Dresdner Bank	148⅜	Orenstein u Koppel	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	188.50	Phönix-Bergb.	[illegible]
Mitteld. Kreditbank	128.75	Rhein. Metall-Vorz.	[illegible]
„ Privat-Bank	—,—	Rhein Stahlwaren	[illegible]
Nationalbank	124.45	Riebeck. Montan	[illegible]
Oesterr. Kredit	109.50	Rombacher Hütten	[illegible]
Reichsbank	149.75	Rositzer Braunk.	[illegible]
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	[illegible]
Schultheiss-Brauerei	245,50	Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Akt. f. Anilin	800,—	Hugo Schneider u. Co	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	240,—	Schuckert u. Co.	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	510,—	Siemens u. Halske	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	220,—	Stettiner Chamotte	[illegible]
Annaberger Steingut	220,—	Stettiner Vulkan	[illegible]
Badische Anilin	484,—	Stollberger Zinkh.	[illegible]
Bergmann-Elekt.-Akt.	171.75	Strals. Spielkarten	[illegible]
Berl. Masch.-Bau	220.25	Thale-Eisenhütte	[illegible]
Bismarckhütte	253,50	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Bochumer Gußstahl	227,—	Türkische Tabakregie	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Chem. Griesheim	260,—	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Chem. v. Heyden	263,50	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Consolidation Schalke	348,—	Wersch. Weissenf. Brk.	—,—
Cröllwitzer Papierfabr.	223,—	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Daimler-Motoren	267,—	Wittener Gußstahl	[illegible]
		Wrede-Mälzerei	[illegible]
		Zeitzer Masch.	[illegible]
		Zellstoff Waldhof	[illegible]
		Otavi-Minen	[illegible]

Tendenz: fest.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten ... Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912021-18/fragment/page=0004